

Was muss geschehen, damit Eliten in Entwicklungsländern einen Entwicklungskurs im Interesse der armen Bevölkerung einschlagen?

Ein Gespräch der Anwesenden mit den Anwesenden

Herr Oldenbruch formulierte als Moderator das Ziel der Veranstaltung: Jenseits von Vorwürfen an politische Entscheidungsträger und Durchführungsorganisationen sollten Wege erörtert werden, die Eliten in Entwicklungsländern veranlassen, einen Entwicklungskurs einzuschlagen, der es der armen Bevölkerung ermögliche, aus eigener Kraft und mit eigenen Lösungsansätzen die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens zu erreichen.

Dabei können sowohl interne Prozesse als auch von der EZ angestoßene Entwicklungen eine Rolle spielen.

In der folgenden Diskussion wurden vor allem folgende Themen angesprochen:

- Die Klassifizierung des Elitebegriffes und die Identifikation so genannter Change Agents und deren Bedeutung für die praktische EZ;
- Die Frage nach den Möglichkeiten, das Vertrauen von Eliten in Entwicklungsländern zu gewinnen und diese zu beeinflussen;
- Empowerment und Organisationsentwicklung;
- die Politisierung der EZ;
- die Frage nach dem zulässigen Grad der äußeren Einmischung in interne Prozesse von Entwicklungsländern und
- und die Kritik an der EZ in ihrer bisherigen Form

Herr Wiemann unterstrich zunächst die Komplexität des Themas, indem er auf die unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten des Begriffes „Entwicklung“ hinwies. Auch der ideale Entwicklungsweg eines Landes könne etwa als spontane oder gezielte Entwicklung unterschiedlich betrachtet werden.

Auch der Begriff der Eliten – politische, religiöse oder kulturelle - verlange nach Spezifikation, zumal innerhalb derselben zumeist unterschiedliche Fraktionen sowie Konkurrenzkämpfe um Konzepte und Positionen existierten.

Seiner Ansicht nach sei die Kernfrage, ob und mit welchen Methoden die EZ in der Lage sei, Change Agents innerhalb von heterogenen Eliten zu identifizieren und zu unterstützen, ohne sie als Agenten externer Machtinteressen erscheinen zu lassen.

Herr Melchers kritisierte jedoch die gelegentlich zur Schau gestellte Selbstgefälligkeit von EZ-Akteuren als ein zentrales Hindernis für ihre Dialogfähigkeit. Das notwendige Vertrauen der Eliten in die internationale Gemeinschaft werde dadurch beeinträchtigt.

Man müsse sich nach den Gründen für die mangelnde Vertrauenswürdigkeit der internationalen Gemeinschaft fragen, die bei den Eliten im Süden oft im Ruf der Doppelzüngigkeit stünde. Gelänge es nicht, ein schlüssiges außenpolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, werde man die Eliten nicht gewinnen können, sondern diese würden sich gegen die internationale Gemeinschaft solidarisieren. Diese trage bislang oft zur Desorientierung in Fragen der Armutsbekämpfung bei. Beispielsweise seien die ersten sieben Millennium Development Goals (MDGs) eindeutig an die Eliten im Süden adressiert. Diese Ebenen der Armutsbekämpfung könnten die betroffenen Länder selbst wahrnehmen. Die Internationale Gemeinschaft sei dagegen in der Partnerschaftsfrage, dem 8. MDG gefordert, mische sich aber ständig auch bei den ersten sieben MDGs ein.

Herr Holtz wies darauf hin, dass der Druck auf die Eliten sowohl im Inneren eines Landes als auch von Außen entstehen könne. Je demokratischer eine Gesellschaft strukturiert sei, desto größer sei die Chance, dass der Druck von Innen sich auf das Verhalten der Eliten auswirke. Druck von Außen könne in Form von Zwang und Konditionalisierung ausgeübt werden, aber auch auf Einsicht und partnerschaftlichem Diskurs beruhen. Viele der letzten internationalen entwicklungsrelevanten Programme wie die MDGs seien im Konsens angenommen worden. Damit habe sich die internationale Gemeinschaft hinsichtlich Definition von „Entwicklung“ bereits verständigt.

Er betonte auch die Bedeutung von grenzüberschreitenden Solidarallianzen verschiedener Interessengruppen wie z.B. Arbeitnehmerschaften.

Neben den Machteliten dürften auch bestimmte lokale Eliten nicht in ihrer Bedeutung unterschätzt werden, wie z.B. Dorf-Chiefs oder erfolgreiche Bauern, die etwa im Bereich der ländlichen Entwicklung eine Rolle spielten.

Und er ergänzte das Thema: Auch Eliten in Industrieländern müssten einen Entwicklungskurs im Interesse der Armen einschlagen.

Herr Bohnet trug zur Klärung des Elitenbegriffes bei, indem er eine dreiteilige Kategorisierung vorstellte:

- 1) Eine positive **Funktions- bzw. Leistungselite** auf lokaler Ebene, bestehend aus Personen, die für das Gesellschaftssystem wichtige soziale Prozesse mitprägten (Lehrer, Ärzte, Richter, Kommunalbeamte, Unternehmer, etc.).
Seiner Erfahrung nach seien nur selbst organisierte und selbstbestimmte armutsorientierte Projekte erfolgreich gewesen, die über einen innovativen Vordenker als „Entwicklungspionier“ im lokalen Bereich verfügten.
- 2) Darüber hinaus gebe es eine **Positionselite**, bestehend aus religiösen Führern und anderen im informellen System hoch angesiedelten Personen. Diese seien nach seiner Erfahrung nur wenig beeinflussbar, allerdings könnten externe Akteure versuchen, mit ihnen in Dialog zu treten, um ihre Akzeptanz oder Unterstützung für innovative Prozesse zu gewinnen.
- 3) Die dritte Kategorie bilde die **Machtelite**, unterteilt in Staatsklasse, Justiz, Parlamentarier und Militär. Eine Vielzahl von konkreten Erfahrungen habe gezeigt, dass es möglich sei, diese Eliten zu beeinflussen. In Bezug auf die Staatsklasse habe man wertvolle Erfahrungen beim Austausch von Kommunalbeamten gemacht, in der Justiz gebe es Projekte, im Rahmen derer Richter Bildungsreisen nach Deutschland unternommen hätten. Der Austausch von Parlamentariern sei bislang jedoch noch unterentwickelt.

Ein Beitrag, den man hierzulande für diese Entwicklungspioniere leisten könne, sei es, den Austausch mit Vertretern dieser „positiven Elite“ zu ermöglichen, die anschließend als „Botschafter des Vertrauens“ in ihren Ländern fungieren könnten.

Herr Holte plädierte auch dafür, den Elitenbegriff genauer zu differenzieren. Es gebe eben durchaus auch sehr kooperative, entwicklungsorientierte Eliten. Anstatt mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und Besserwisserei zu hantieren, müsse man, wie in der Koalitionsvereinbarung von 2002 dargelegt „dafür Sorge tragen, dass Entwicklung von einheimischen Entwicklungspfaden ausgeht“. Heute sei man dabei zunehmend auf dem richtigen Weg.

Herr Schmitt betonte vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Ghana die Bedeutung der internationalen Rahmenbedingungen, die Entwicklungsmöglichkeiten determinierten und bei denen man in der Diskussion ansetzen müsse, um vor allem die viel kritisierte Doppelzüngigkeit der internationalen Gemeinschaft einzuschränken. In Ghana sei es damit auch unumgänglich, z.B. auch die Fischereipolitik der EU zu thematisieren.

Man müsse sehr vorsichtig sein, aus einer Außenperspektive Eliten und *Change Agents* in Entwicklungsländern zu identifizieren und zu kategorisieren. Er verwies auf eine DfiD-Studie, die sich mit der Analyse von Entwicklungs-Determinanten befasste; diese stelle die zentrale Rolle von informellen Eliten wie Chiefs sowie kulturellen Phänomenen wie Voodoo u.ä. heraus. Man dürfe sich nicht anmaßen, diesen Elitebegriff von außen aus einem westlich geprägten Kulturverständnis heraus umfassend definieren zu können.

In der staatlichen EZ verhandle man auf Regierungsebene. Bei der Arbeit vor Ort sei es zentral, auf Basis einer besseren Kenntnis der Strukturen im jeweiligen Land alte Routinen zu durchbrechen und das eigene Handeln entsprechend anzupassen. Transparenz und Dialog vor Ort seien ebenso entscheidend wie die Kontrollfunktion von Parlamenten und einer freien Presse. Die EZ könne dabei Dialogplattformen bieten, damit ein Land von Innen entscheiden könne, welchen Weg es gehen wolle. Diesen Weg von Außen vorgeben zu wollen, sei meist aufgrund der mangelnden Kenntnis der internen Systeme zum Scheitern verurteilt. Herr Schmitt betonte, seinen Beitrag nicht als Plädoyer für Budgethilfe verstanden wissen zu wollen, sondern besonders auch als eines für die Arbeit der Kirchen und politischen Stiftungen und für einen Dialog mit den Partnerländern auf gleicher Augenhöhe.

Budgethilfe sei oft eine abgesprochene Vereinbarung auf Reformschritte, die v.a. von den Gebern überprüft wurden, wobei diese Rolle eigentlich dem Parlament und der nationalen Öffentlichkeit zukommen müsse. Die EZ könne einen Beitrag dazu leisten, dafür den Rahmen und die Voraussetzungen zu schaffen.

Auf den Einwand, die Parlamente würden dieser Aufgabe in vielen Ländern nicht gerecht, erwiderte Herr Schmitt, die internationale Gemeinschaft sei bei ihren Erwartungen an die Kompetenzen vormals oft schwacher Parlamente oft zu vorschnell. Diesen könne nicht abverlangt werden, von heute auf morgen Kontrollfunktionen wahrzunehmen, sondern man könne sie durch Dialog und Unterstützungsprogramme fördern und Dialogforen schaffen, auch in Form eines Süd-Süd-Austausches. Er fügte an, dass eine Gefahr bei den *Change Agents* darin bestehe, dass deren Kontinuität nicht immer gewährleistet werden könne.

Herr van de Sand betonte, Entwicklung sei ein politischer Prozess, bei dem es um Macht und Interessen gehe. Eine Grundfrage für Entwicklung sei damit, wie arme Bevölkerungen gegenüber Eliten politischen Druck erzeugen könnten, um ihre

Interessen durchzusetzen. Eine zentrale Rolle komme hierbei der Organisationsentwicklung zu.

Eine These sei in seinen Augen, dass Arme sich aufgrund von ökonomischen Interessen organisieren und wirtschaftliche Macht aufbauen müssten, um auf dieser Grundlage politisch Einfluss zu nehmen. Institutionen auf lokaler Ebene wie Mikrofinanzorganisationen, Zusammenschlüsse von Kleinbauern und Wassernutzergemeinschaften bildeten eine wirtschaftliche Machtbasis, die gleichzeitig auch zu einer politischen Machtbasis werden könne. Dieser Zusammenhang von Empowerment und Enrichment werde immer noch zu wenig berücksichtigt. Besonders in Entwicklungsländern mit politisch schwierigem Umfeld, in denen sich die Eliten fernab von einem Entwicklungsweg bewegten, sei die wirtschaftliche Organisation der geeignete Ansatz.

Allerdings wisse man noch zu wenig über die Methodik von Organisationsentwicklung und Organisationsaufbau. Hier müssten vorliegende Erfahrungen verstärkt aufgearbeitet werden und wirksame Instrumente entwickelt werden. Ein wesentlicher Punkt sei hier die Analyse von Machtverhältnissen, Interessen- und informellen Gruppen sowie von Verhaltensnormen und deren Herkunft. Er wies in diesem Zusammenhang auf ein aktuelles IFAD-Sourcebook zum Thema hin.¹

Herr **Oldenbruch** gab zu bedenken, dass die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen einen empfindlichen Eingriff in die Machtverhältnisse eines Landes bedeute. Ist die staatliche EZ hierzu geeignet bzw. befugt? Und: Wie werden einheimische Eliten und Staatsklassen gegenüber neuen Kräften reagieren, die ihnen möglicherweise ihre Privilegien streitig machten?

Herr **van de Sand** bestätigte, die politische Macht direkt in Frage zu stellen, sei besonders schwierig. Daher müsse der Umweg über die Wirtschaft eingeschlagen werden. Mikrofinanzorganisationen beispielsweise seien auch in Ländern mit solch autoritären Eliten durchaus akzeptiert und staatlich gefördert. Hier bilde sich auf lokaler Ebene eine Basis für politische Einflussnahme.

Auch die staatliche EZ müsse zivilgesellschaftliche Organisationen fördern. Er habe den Begriff der „Politisierung der Technischen Zusammenarbeit“ in die Diskussion eingebracht, weil er glaube, dass es in vielen Projekten und Programmen Ansatzpunkte gebe, diese Organisationsbildung zu unterstützen. So könnten etwa im Zuge von Bewässerungsprojekten auch Wassernutzergemeinschaften gefördert werden. Seiner Ansicht nach seien viele Chancen in der TZ versäumt worden, weil der politische Aspekt von Entwicklung vernachlässigt worden sei. Dieser Ansatz der Entwicklung von Unten sei allerdings nicht neu.

Herr van de Sand warf auch die Frage auf, ob NROn schon in der Lage seien, eine solch politische Definition von Zusammenarbeit zu verwirklichen. Im NRO-Bereich gebe es immer noch sehr isolierte Projekte, die diesen politischen Aspekt nicht einsetzten. Hier müsse auch gefragt werden, wie das Zusammenspiel mit der staatlichen EZ gestaltet werden könne.

Ein anderer Teilnehmer ergänzte dazu, der zentrale Ansatzpunkt sei, keine eigenen Projekte zu führen, sondern bereits verwurzelte zu fördern. Diese Lehre sei vor allem für die staatliche EZ zu schwer ziehen.

¹ Lobo, Crispino: *Institutional and Organizational Analysis for Pro-Poor Change: Meeting IFAD's Millennium Challenge*. Im Internet unter www.ifad.org/english/institutions/sourcebook.pdf

Herr Thüsing bestätigte, die TZ sei bislang zu wenig politisch gewesen; es sei nicht zu erkennen, ob EZ-Projekte tatsächlich Veränderungen bei Machteliten herbeigeführt hätten.

Er warnte davor, den Elitenbegriff solange zu differenzieren, bis die Machteliten, um die es tatsächlich gehe, aus dem Blick gerieten. Man müsse von diesen Eliten einfordern, sich um die Entwicklung ihrer Länder zu kümmern. Vor allem die Machteliten in Afrika, die oft geschlossene Kasten bildeten, hätten hier wesentlich versagt. Die Frage nach dem Vertrauen in diese Eliten sei sehr kritisch zu beantworten. Man müsse sich fragen, welche Instrumente dafür tauglich seien, Einfluss auf sie auszuüben. Auch die TZ müsse politische Veränderungen einfordern, sonst könne man diese Machteliten nicht erreichen.

Ein weiterer Teilnehmer betonte die Bedeutung der Dialogfähigkeit der internationalen Gemeinschaft mit den Eliten in Entwicklungsländern. Dafür sei Glaubwürdigkeit eine zentrale Voraussetzung. Man müsse die Motivationen und die Struktur dieser Eliten analysieren sowie die Haltung und das Potenzial einzelner Akteure oder Fraktionen innerhalb derselben in Fragen der Armutsbekämpfung. Auch die Ursachen für die Armut müssten sorgfältig untersucht werden, unter Beteiligung von einheimischen Experten. Oft seien es die Machteliten, die eine Armutsbekämpfung von innen her blockierten. Dagegen könne man nur mit Gegenmacht vorgehen, indem man die Armen dabei unterstütze, sich zu organisieren. Eliten seien in der Lage, sich anzupassen, wenn ausreichend Druck erzeugt werde. Aus dem Teilnehmerkreis wurde aber auch auf das Risiko aufmerksam gemacht, dass staatliche Eliten auf solche Bewegungen auch mit Gewalt und Repression reagieren könnten.

Herr Schmitt wies darauf hin, dass bei jedem Entwicklungsprojekt eine Interpretation der Lage von Außen vorliege und automatisch die Machtfrage tangiert werde. Dessen müsse man sich bewusst werden und daher sehr umsichtig agieren. Viele der bisher diskutierten Aspekte wie die Ausweitung des Gestaltungsspielraumes der Partnerländer seien in der Budgethilfe verwirklicht. Besonders bei machtpolitisch sensiblen Bereichen wie der Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen müsse man über genaue Kenntnisse des lokalen Kontextes verfügen und genau analysieren, welche Wirkungen man mit solchen Maßnahmen auslöse.

Ein Teilnehmer gab zu bedenken, dass bei der staatlichen EZ immer die Regierung und damit die Machtelite der Verhandlungspartner sei. Die staatliche EZ könne keine Empowerment-Prozesse gegen den Willen der Eliten vorantreiben. Dies sei die Aufgabe von NRO, jegliche Form von staatlichem Interventionismus sei dagegen abzulehnen. Die staatliche EZ solle sich eher auf internationale Rahmenbedingungen konzentrieren und jenseits von starren Länderquoten nur mit entwicklungsbereiten staatlichen Eliten zusammenarbeiten. Entwicklungsmaßnahmen könnten nur Erfolg haben, wenn auch die Machteliten Veränderungen anstrebten.

Ein weiterer Teilnehmer wandte sich gegen die generelle Verurteilung von Machteliten in Entwicklungsländern. Diese sei oft unbegründet und entspreche nicht den historischen Tatsachen. Beispielsweise sei das vormals von Militärdiktaturen geprägte Lateinamerika heute überwiegend demokratisch; diese Veränderung sei nicht durch externen Einfluss, sondern durch die dortigen Parlamente, die Justiz, Bürokratie und sogar das Militär angestoßen worden.

Seiner Ansicht nach sollte auch die staatliche EZ politisch agieren, wenn man Chancen sehe, die gesamtgesellschaftliche Loyalität der Machtelite zu erhöhen.

Herr Kraetsch erntete mit seiner Bemerkung breite Zustimmung, die EZ spiele bei den politischen Rahmenbedingungen und deren Veränderungen eine relativ unbedeutende Rolle. In vielen Ländern würden politische Fehlentwicklungen aufgrund von Rohstoffinteressen nicht entsprechend sanktioniert. Die Entwicklungspolitik müsse zu einem entscheidenden Faktor des eigenen politischen Gestaltens werden, was bislang bei weitem nicht der Fall sei. Die internationale Gemeinschaft müsse den entwicklungspolitischen Diskurs unabhängig von den eigenen machtpolitischen Interessen führen. Kleine technische Aspekte wie Mikrofinanzierung u.ä., die oft im Zentrum der Diskurse um Entwicklung und Armutsorientierung stünden, seien vor dem Hintergrund der internationalen Rahmenbedingungen irrelevant.

Herr Molt wandte sich gegen diese negative Darstellung der EZ, indem er betonte, in vielen afrikanischen Ländern habe es in den letzten 40 Jahren auch positive Veränderungen gegeben. Es existiere inzwischen eine gemeinsame Gesprächsbasis und eine Mobilisierung der Bevölkerung, die es vorher nicht gegeben habe. Auch kleine Veränderungen könnten Wirkungen haben; dafür sei Lateinamerika ein gutes Beispiel: durch die Arbeit von Organisationen wie Misereor und Adveniat habe sich dort die Katholische Kirche von der Oligarchie losgesagt und sei heute vielfach eine sozial motivierende Kraft. Dagegen wirkten v.a. in Afrika vielfach politische Systeme und Strukturen den positiven Entwicklungen entgegen. Dafür trage auch der Westen die Verantwortung. Allerdings seien auch ehemals diktatorische Regime im Zuge der EZ auf einen demokratischeren Weg gebracht worden. Deren langfristige Wirkungen seien aber immer schwer abzuschätzen.

Herr Molt rief zu Vorsicht bei politischen Interventionen auf. Die Entwicklungspolitik könne politische Systeme letztlich nicht ändern, noch weniger als die Außenpolitik. Dagegen dürften kleine gesellschaftliche Bewegungen auch nicht unterschätzt werden, da sie langfristig Veränderungen bewirken könnten.

Herr Melchers ging näher auf die Volksbewegungen als Bedingung für Wandel ein. Solche Bewegungen würden hierzulande oft nicht wahrgenommen. Oft würden Erfolge und Veränderungen in von uns als hoffnungslose Fälle abgestempelten – meist afrikanischen – Ländern verkannt.

Herr Würtele wies darauf hin, dass es in vielen Ländern durchaus reformorientierte Eliten gebe, die es zu identifizieren gelte. Bei der Arbeit in der Vorbereitungsstätte für EZ in Bad Honnef lege man daher auch großen Wert auf die Akteurs- und Beteiligten-Analyse bei der Fachkräfteausbildung.

Ein anderer Diskutant betonte die Rolle von Eliten aus dem Kultur- und Sportbereich, sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern. Diese könnten vermehrt als Schirmherren bzw. „Werbeträger“ für soziales oder ökologisches Engagement gewonnen werden.

Eine Teilnehmerin warf ein, die oft harsche Kritik an der EZ und ihre in der Diskussion erwähnte Unfähigkeit, die internationalen Rahmenbedingungen zu verändern, habe einen desillusionierenden Eindruck hinterlassen.

Dem wurde entgegnet, dass die häufige Kritik und Selbstzweifel an der EZ durch die oft überhöhten Erwartungen bedingt seien.

Und ein anderer Diskutant widersprach ebenfalls der kritischen Einschätzung der EZ. Beispielsweise hätten sich die Entwicklungsindikatoren in vielen afrikanischen Ländern in den letzten Jahren verbessert. Die sei sowohl auf Eigenanstrengungen dieser Länder, aber auch auf sinnvolle EZ zurückzuführen. Diese Erfolge würden wegen der Diskussion um bestimmte Krisenländer oft unter den Teppich gekehrt.

Herr Molt bekräftigte, EZ-Maßnahmen hätten immer das Potenzial, positive Veränderungen nach sich zu ziehen. Eine Garantie dafür gebe es allerdings nicht. Vor allem Bewegungen von unten seien geeignet, Wandlungsprozesse anzustoßen, was in vielen afrikanischen Ländern trotz miserabler politischer Verhältnisse der Fall gewesen sei.

Allerdings habe sich der technologische Abstand zwischen den modernen Industriestaaten und Afrika in den letzten Jahren zusätzlich vergrößert, während er sich in Asien und Lateinamerika durch die Entstehung von Wissensebenen verringert habe. Ob der Technologiesektor in Afrika aufholen und der Bevölkerung letztlich auch Beschäftigungsmöglichkeiten bieten könne, sei nicht abzusehen. Besonders dieser Aspekt der Erwerbsmöglichkeiten werde in der Diskussion häufig übersehen.

Eine Teilnehmerin griff das in der Diskussion häufig genannte Zitat auf, man könne Menschen nicht entwickeln, sondern nur dabei unterstützen. Dies bestätige den Mehrebenenansatz der deutschen EZ. Dabei müssten auf jeder Ebene die Schlüsselakteure berücksichtigt werden, die den Wandel herbeiführen könnten.

Sie thematisierte auch den Mittelabflussdruck, der sich bei vielen Projekten kontraproduktiv zu partizipativen Ansätzen auswirkte.

Auf institutioneller Ebene solle das BMZ einen stärkeren Kontrapunkt zum Auswärtigen Amt bilden, indem man bei den internationalen Beziehungen stärker zwischen EZ und eigenen wirtschaftlichen Interessen differenziere. Auch seien mehr Investitionen in entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland und Veränderungen im eigenen Konsumverhalten notwendig, um mehr Glaubwürdigkeit im Dialog mit Eliten aus Entwicklungsländern zu gewinnen.

Es wurde auch die Bedeutung von interkultureller Kompetenz und Verständnis für unterschiedliche Mentalitäten betont. Die EZ könne mehr leisten, wenn mehr Wert auf diese kulturelle Sensibilität als Voraussetzung für erfolgreiche Kommunikation gelegt würde.

Herr Wiemann bekräftigte, man müsse von der Hoffnung abrücken, bei der Frage nach der Zukunft der EZ auf einen Stein der Weisen zu stoßen. Die EZ agiere unter weltpolitischen Rahmenbedingungen, die sie nicht ändern könne, und man müsse darüber nachdenken, was mit dem bestehenden Instrumentarium zu erreichen sei. Er betonte die Rolle der tertiären Bildung als wichtige Basis von Kommunikationsprozessen mit Eliten. Diese könne durch ein Engagement in lokalen Universitäten und den Austausch von Studenten gefördert werden. Auch die Diaspora von aus Entwicklungsländern stammenden Wissenschaftlern und Unternehmern könne einen wichtigen Motor von Entwicklung bilden.

Eine Teilnehmerin stellte fest, trotz aller Bemühungen, sich in der Diskussion von der Frage „was müssen wir tun“ und von Handlungsanweisungen zu distanzieren, kehre

man immer zur Akteursfrage zurück. Dieses Dilemma sei nicht aufzulösen; man müsse akzeptieren, dass man als EZ-Vertreter zwangsläufig als Akteur von außen auftrete und könne nur dem Grundsatz Folge leisten, sich nicht über Gebühr politisch einzumischen.

Herr Oldenbruch gab abschließend, nicht ohne dafür Widerspruch zu ernten, seinen Eindruck wieder, wonach die Diskussion zahlreiche interessante und wichtige Aspekte, vor allem zu den (eher nicht vorhandenen) Möglichkeiten der EZ, zu Tage gefördert habe, dies aber in der Ausgangsfrage des Seminars gar nicht angelegt gewesen sei und man insofern in dieser „keinen Millimeter“ weiter gekommen sei:

**Was muss geschehen, damit Eliten in Entwicklungsländern
einen Entwicklungskurs im Interesse der armen Bevölkerung
einschlagen?**

Katharina Bohl

Günther Oldenbruch